Oels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag. Pränumerationspreis vierteljährlich 6 Sgr., durch die Post bezogen 7½ Sgr.

Inserate werden bis Donnerstag Mittag in der Expedition angenommen und kostet die gespaltene Zeile 1 Sgr., Wiederholungen die Hälfte.

Redakteur: Königl. Kreissekretair Raabe.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Oels.

№ 39. Oels, den 15. September 1871. 9. Jahrg.

Amtlicher Theil.

A. Bekanntmachungen des Königlichen Landraths-Amts.

Nr. 266. Oels, den 9. September 1871.

Personal-Chronik.

Vereidet wurden am heutigen Tage der Freigärtner Karl Tietze aus Fürsten-Ellguth und der Freistellenbesitzer Karl Schubert aus Groß-Zöllnig als Gemeinde-Exekutoren für die Ortschaften Fürsten-Ellguth resp. Groß-Zöllnig.

Mit der Einführung des p. Tietze und Schubert im nächsten Gemeindegebot werden die Ortsgerichte zu Fürsten-Ellguth und Groß-Ellguth hiermit beauftragt.

Der Königliche Landrath.
v. Rosenberg.

Nichtamtlicher Theil.

Die Friedensbürgschaften für Deutschland und Europa.

Nicht mit prahlerischer Ueberhebung, nicht mit hochgespannten Forderungen, wie sie von jenseit des Rheines laut wurden, war Deutschland in den Krieg gegangen. Nur ein Gefühl beherrschte die Stimmung der ganzen Nation: das Gefühl der Pflicht, zur Vertheidigung des freventlich angegriffenen Vaterlandes jedes Opfer zu bringen und alle Kräfte zu vereinigen. Als aber die deutschen Waffen Sieg auf Sieg errangen und als der entscheidende Schlag bei Sedan gefallen war, da trat, mit der gesicherten Hoffnung auf einen glücklichen Abschluß des Krieges, dem Volksbewußtsein die Erwägung nahe, auf welchen Grundlagen ein vortheilhafter und dauernder Friede herzustellen sei. Mit wunderbarer Einmüthigkeit fand der nationale Gedanke sofort das richtige Ziel und den richtigen Ausdruck. Aus allen Theilen Deutschlands strömten in das Lager des königlichen Oberfeldherrn patriotische Kundgebungen, welche in dem Gelöbniß treuen Ausharrens, wie in dem Wunsche zusammenstimmten, daß keiner auswärtigen Einmischung verstattet werde, der deutschen Nation den Preis eines mit schwerer Anstrengung, aber aus eigener Kraft erkämpften Sieges zu verkümmern. Durch ganz Deutschland ging die Losung: ein einiges Reich und geschützte Grenzen.

Mit den Wünschen des Volkes stand die Leitung der deutschen Politik im vollen Einklang, und die Kundgebungen des Nationalwillens erhielten ihren bestimmten Ausdruck in den Staatsschriften, die aus der deutschen Bundeskanzlei an die europäischen Mächte gerichtet wurden. Eine offene und entschiedene Erklärung war um so mehr an der Zeit, als die aus dem Pariser Aufstande hervorgegangene französische Regierung sich zu ernsten Friedensanerbietungen nicht entschließen wollte, sondern in der Hoffnung auf den Beistand des Auslandes die hochmüthige Losung ausgab, Frankreich werde dem Frieden keinen Finger breit Erde, keinen Stein aus seinen Festungen opfern. Es ist jetzt genau ein Jahr verstrichen, seitdem der Bundeskanzler mit den Forderungen Deutschlands vor Europa trat und dieselben ausdrücklich im Namen der deutschen Regierungen stellte. In einem Rundschreiben aus Rheims vom 13. September 1870 erklärte derselbe, Deutschland müsse Bürgschaften nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation verlangen; um die Angriffe Frankreichs auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze zu erschweren, sei es erforderlich, die Grenze Frankreichs zurückzulegen und die als Ausfallspforten dienenden Festungen Frankreichs als Vertheidigungs-Bollwerke in den Besitz Deutschlands zu bringen. Diese Gesichtspunkte wurden in einem zweiten Rundschreiben aus Meaux vom 16. September 1870 noch eingehender entwickelt und begründet. Es heißt daselbst, die Forderungen Deutschlands seien durch die Natur der Dinge und das Gesetz der Nothwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. Frankreich, im Besitze von Straßburg und Metz,

habe eine überlegene und bedrohliche Stellung gegen die deutschen Rheinlande, während beide Festungen im Besitze Deutschlands nur Vertheidigungszwecken dienen. In beiden Staatsschriften wird nachdrücklich der Ton daraufgelegt, daß die Forderungen Deutschlands, die auf eine Erschwerung der französischen Angriffe abzielen, zugleich als Bürgschaften für den europäischen Frieden gelten müssen, der von Seiten Deutschlands keine Störung zu besorgen habe.

So klar und bestimmt waren vor Jahresfrist die Ziele der deutschen Politik festgestellt. Seitdem haben die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze und die diplomatischen Unterhandlungen noch mancherlei Wendungen durchzumachen gehabt; aber die Nation hielt fest an ihrer Pflicht und an dem Vertrauen auf ihre Führung, und in der Zuversicht auf diese Standhaftigkeit war die deutsche Politik ihres schließlichen Erfolges gewiß.

In der unbefangenen Rückschau auf die Entwickelung der Thatsachen wird das Urtheil Europa's sich immer mehr und mehr in der Erkenntniß befestigen, daß Deutschland nicht einseitige Vortheile angestrebt und erlangt hat, sondern daß die Befestigung seiner Stellung dem friedlichen Gedeihen der europäischen Völker zu Gute kommt. Die deutsche Nation ist ihren Forderungen treu geblieben; aber sie will auch ihren Verheißungen treu bleiben. Sie hat von dem Recht des Siegers nicht im Sinne eiteler Vergrößerungslust Gebrauch gemacht, sondern in der Absicht, dem eigenen Lande die Sicherheit seiner Grenzen zu geben und dasselbe zu einem festen Stützpunkt für den Frieden Europa's zu machen.

Ueber den friedfertigen Charakter der deutschen Politik kann die öffentliche Meinung Europa's nicht in Zweifel sein. Deutschland hat sich eine Verfassung gegeben, welche ihm zwar eine schleunige und wirksame Kraftentfaltung möglich macht, wenn die höchsten Güter des Vaterlandes bedroht werden, die aber jeden Gedanken einer kriegslustigen und eroberungssüchtigen Staatskunst ausschließt. Auch nach außen hat Deutschland es nicht an Beweisen fehlen lassen, daß seine Wünsche ausschließlich auf Erhaltung und Befestigung des allgemeinen Friedens gerichtet sind. Soeben hat das Verweilen des Deutschen Kaisers auf österreichischem Boden die erwünschte Gelegenheit zur Herstellung eines freundschaftlichen Einverständnisses zwischen den Nachbarreichen geboten. Schon dieses Verhältniß an sich muß von günstigem Einfluß auf die Lage Europa's sein; denn das Freundschaftsband zwischen beiden Ländern knüpft wesentlich an das Bewußtsein an, daß sie eines ungestörten Friedens bedürfen, um ihre innere Entwickelung zu befriedigenden Ergebnissen zu führen. Ueberdies aber steht es außer Zweifel, daß der Gedankenaustausch zwischen den Herrschern und die Besprechungen ihrer leitenden Staatsmänner vorzugsweise darauf hinzielten, dem Friedensstand Europa's Sicherheit und Dauer zu geben.

Die Erstarkung Deutschlands und das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Oesterreich: das sind die für ganz Europa werthvollen Friedensbürgschaften, welche überall von der Bevölkerung mit freudiger Zustimmung begrüßt werden und denen auch außerhalb der deutschen Grenzen alle unbefangenen Geister Verständniß und Theilnahme entgegenbringen.

Erinnerungen aus dem Vorjahre.

13. September 1870. Aus einem Rundschreiben des deutschen Bundeskanzlers.

Rheims, den 13. September 1870.

Durch die irrthümlichen Auffassungen über unser Verhältniß zu Frankreich, welche uns auch von befreundeten Seiten zukommen, bin ich veranlaßt, mich in Folgendem über die von den verbündeten deutschen Regierungen getheilten Ansichten Sr. Majestät des Königs auszusprechen.

Die Bürgschaften, welche man nach dem Jahre 1815 gegen die französischen Gelüste und für den europäischen Frieden in der heiligen Allianz und anderen im europäischen Interesse getroffenen Einrichtungen gesucht hat, haben im Laufe der Zeit ihre Wirksamkeit und Bedeutung verloren, so daß Deutschland allein sich schließlich Frankreichs hat erwehren müssen, nur auf seine eigene Kraft und seine eigenen Hülfsmittel angewiesen. Eine solche Anstrengung, wie die heutige, darf der deutschen Nation nicht dauernd von Neuem angesonnen werden, und wir sind daher gezwungen, materielle Bürgschaften und die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut.

Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen.

16. September 1870. Aus einem zweiten Rundschreiben des Bundeskanzlers.

Meaux, den 16. September 1870.

An die ernstliche Absicht der jetzigen pariser Regierung, dem Kriege ein Ende zu machen, können wir nicht glauben, so lange dieselbe im Innern fortfährt, durch ihre Sprache und ihre Akte die Volksleidenschaft aufzustacheln, den Haß und die Erbitterung der durch die Leiden des Krieges an sich gereizten Bevölkerung zu steigern.

Wir sind fern von jeder Neigung zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs. Was für eine Regierung sich die französische Nation geben will, ist für uns gleichgültig. Unsere Friedensbedingungen, mit welcher zur Sache legitimirten Regierung wir dieselben auch mögen zu verhandeln haben, sind ganz unabhängig von der Frage, wie und von wem die französische Nation regiert wird, sie sind uns durch die Natur der Dinge und das Gesetz der Nothwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. Die einmüthige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von letzterem nichts zu begehren, als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande.

Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europa's ausgegangen ist, das Ergreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten; nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Ueberwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe, aufgezwungen worden ist, wollen wir zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Vertheidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten.

[Vorschreiten der Kriegskostenzahlung und der Räumung.] Nach Art. 71 des Frankfurter Friedensvertrages soll die Räumung der noch von deutschen Truppen besetzten Forts von Paris, sowie der Departements Oise, Seine-et-Oise, Seine-et-Marne und Seine bei Abzahlung einer dritten halben Milliarde auf die Kriegskosten stattfinden. Da die von der französischen Regierung geleisteten Zahlungen dem Betrage von 1500 Millionen Fr. nahe kommen, so hat der Kaiser, obwohl das Abnahmegeschäft noch nicht vollständig erledigt ist, dennoch den Beginn der Räumung angeordnet. Zunächst werden daher die deutschen Truppen aus den noch besetzten pariser Forts, wie aus den Departements Seine-et-Oise, Seine-et-Marne und Seine ausrücken. Das Departement Oise bleibt noch besetzt, bis die dritte halbe Milliarde regelrecht zur Ablieferung gelangt ist. Zur Rückkehr in die Heimath sind die 2. und die 22. Division bezeichnet, so daß auf französischem Boden fortan noch 6 Divisionen mit einer Effektivstärke von rund 80,000 Mann zurückbleiben werden. Dieses Zahlenverhältniß entspricht auch den Bestimmungen des Vertrages, welcher unter dem 11. März d. J. zu Schloß Ferrieres zwischen dem General von Stosch und Herrn Jules Favre in Bezug auf die Erfüllung der Friedenspräliminarien abgeschlossen worden ist. Es ist darin die Verabredung getroffen, daß in dem Maaße, wie die Zahlung der Kriegskosten vorschreitet, auch die Zahl der Rationen, für welche Entschädigung zu leisten ist, sich verringern soll, und zwar in der Weise, daß vierzehn Tage nach Ablieferung der ersten Hälfte der zweiten Milliarde nur für 80,000 Rationen Lebensmittel und für 30,000 Rationen Fourage Entschädigung zu leisten ist. Die Ausführung aller dieser Anordnungen ist selbstverständlich an die Voraussetzung geknüpft, daß die Abwickelung des ganzen Zahlungsgeschäfts regelrecht von Statten geht.

Unser Kaiser hat nach beendigter Badekur Gastein am 6. September verlassen und traf am Nachmittag desselben Tages in Salzburg ein, woselbst der **Kaiser von Oesterreich** sich zur Begrüßung des hohen Gastes bereits eingefunden hatte. Unter dem jubelnden Zuruf der Bevölkerung begrüßten sich die beiden Monarchen mit herzlicher Umarmung. Kaiser Wilhelm speiste am Abend des 6. wie am folgenden Tage an der Hoftafel des Kaisers von Oesterreich, an welcher auch Erzherzog Ludwig Victor, Fürst Bismarck, Graf Beust, Graf Hohenwart, Graf Andrassy und die übrigen Personen aus der Begleitung der beiden Herrscher Theil nahmen. Der Verkehr zwischen den Monarchen trug den Charakter innigster Herzlichkeit an sich, und auch die genannten Staatsmänner, namentlich Fürst Bismarck und Graf Beust, fanden sich wiederholt zu längern vertraulichen Besprechungen zusammen.

Am 8. Morgens trat Kaiser Wilhelm, zu dessen Abschiedsbegrüßung der Kaiser von Oesterreich mit seinem gesammten Gefolge erschienen war, die Reise von Salzburg über München nach Hohenschwangau an, um daselbst König Ludwig von Baiern und der Königin Mutter einen Besuch zu machen. Von dort reiste der Monarch nach Schloß Mainau, woselbst er von der Kaiserin Augusta und den badischen Herrschaften empfangen wurde. Am 11. begab sich unser Kaiser zur Begrüßung des Königs und der Königin von Würtemberg nach Friedrichshafen und kehrte von dort wieder nach Mainau zurück. Die Abreise von dort nach Baden-Baden war auf den 13. festgesetzt.

Fürst Bismarck hat sich, in Begleitung des Grafen Beust, von Salzburg aus nach dem Bade Reichenhall begeben, woselbst er im Schooße seiner Familie einige Tage verweilt. Am Abend seiner Ankunft ward dem deutschen Reichskanzler ein Ständchen gebracht, welchem sich jubelnde Hochrufe der in dichten Schaaren versammelten Bevölkerung anschlossen. Der hohe Staatsmann gab in seinen Dankesworten der Anerkennung für die begeisterte Hingebung des deutschen Volkes und für die Thaten der deutschen Armeen, an denen auch das Baierische Heer einen so ruhmvollen Antheil genommen, den wärmsten Ausdruck und brachte ein Hoch auf den König von Baiern aus.

Kirchlicher Anzeiger aus Oels.

Am 15. Sonntage p. Trinitatis
predigen zu Oels:

In der Schloß- und Pfarrkirche:
*) Frühpredigt: Herr Probst Thielmann.
*) Amtspredigt: Herr Superintendent Hohenthal.
*) Nachmittagspredigt: Herr Diakonus Krebs.

In der St. Salvatorkirche:
Sonnabends Nachmittags 1 Uhr, Sonntags Nachmittags 1½ Uhr,
Mittwochs Nachmittags 1 Uhr: Kinderlehre:
Herr Subdiakonus Böhmer.

Wochenpredigt:
Donnerstags, den 21. September, Vormittags 8½ Uhr:
Herr Subdiakonus Böhmer.

*) Collekte zum Bau eines Schul- und Bethauses in Zülz bei Neustadt O/Schl.

Oeffentliche Sitzung

des allgemeinen landwirthschaftlichen Vereins:
Sonntag, den 24. September cr.,
Nachmittags 3 Uhr,
im Gasthofe zum „goldenen Adler" in Oels.

Tagesordnung:
1) Commissions-Bericht, betreffend Abänderung und Ergänzung des Grundgesetzes vom 7. Jan. 1849.
2) Wirkung des Saamen-Wechsels bei den Cerealien.
3) Welche Regeln für die Praxis ergeben sich aus den neueren Fütterungs-Versuchen?
4) Mittheilungen über Dampfpflügen.

Oels, den 14. September 1871.

Der Vorstand.

Papier, Schreibmaterialien und Pappen,
Galanterie- und Lederwaaren
empfiehlt die Buchbinderei u. Papierhandlung
von **C. Swowoda.**
Oels, Ohlauerstraße.

Preßhefen-Niederlage.

Da ich nicht mehr an einen einzelnen Abnehmer gebunden bin, so beabsichtige ich, dort und Umgegend Niederlagen von Preßhefen zu errichten; Wieder-Verkäufer erhalten besonderen Rabatt. Für vorzüglichste Waare und billigsten Preis wird garantirt.

Breslau, den 14. September 1871.

A. Kluge,
Matthiasstr. Nr. 26 c.

In Frei-Antheil **Buchwald** bei Bernstadt sind **Absatz-Ferkel** und **tragende Sauen** zu verkaufen.

Für Augenleidende.

Sprechstunden: Vorm. v. 9—12 und Nachm. v. 2—4 Uhr.

Breslau. Stroinski,
am Wäldchen Nr. 4.

Capitalien jeder Größe,

besonders in Posten von 500 und 1000 Thlr. ꝛc. werden auf ländliche Grundstücke unter günstigen Bedingungen gesucht.

Gefällige Offerten **sub** Adresse **B. S. 3 poste restante Oels** erbeten.

Ein Ackervogt,

dessen Frau womöglich als Viehschleußerin zu verwenden ist, findet vom 1. Januar 1872 Stellung auf dem Dominium **Rudelsdorf.**

Das Dominium Sibyllenort sucht zum 1. Januar 1872 einen tüchtigen, nüchternen Kuhmann.

Herzogl. Wirthschafts-Amt.

---

5 Stück **Nutzkühe** verkauft Dom. **Laubsky** wegen starker Zuzucht.

Säcke ohne Nath (Doppel-Säcke) sind stets zu haben bei

August Nielsch,
Webermeister in Bernstadt.

In der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. ist mir zwischen Zantoch und Groß-Dupine, Kreis Ohlau, eine schwarze **Kuh** mit Bläße entlaufen.

Der etwaige Finder derselben wird ersucht von solcher Kenntniß zu geben.

Auszügler **Christian Freitag**
aus Groß-Dupine.